

15 Millionen: Odenwälder Haushalts-Defizit fast verdreifacht



© Dirk Zengel

Landrat Matiaske spricht im Kreistag von einem finanziellen „Drama“, das alle hessischen Kommunen trifft. Die rufen dringend nach Hilfe vom Land.

Odenwaldkreis/Reichelsheim. Landrat Frank Matiaske beschreibt die kommunale Finanzlage mit drastischen Worten. Von einem „Drama, das sich in allen hessischen Kommunen gerade abspielt“ spricht er. Davon, dass landauf, landab keiner der Verantwortlichen auf kommunaler Politikebene eine Idee hat, „wie wir aus dem Dilemma herauskommen können“. Und davon, „dass viele Lichter ausgehen werden“, wenn das Land keine substanziellen Änderungen an den Vorgaben zu den kommunalen Haushalten vornimmt.

Die Zahlen, die Matiaske zur Sitzung des Odenwälder Kreistags nach Reichelsheim mitgebracht hat, sind entsprechend: Sie dokumentieren für den Kreis ein nahezu verdreifachtes Haushaltsdefizit, das zum Jahresende alles in allem bei 15 Millionen Euro liegen dürfte, so der Landrat. Verabschiedet worden war der Etat 2024 mit einem mühsam auf rund 5,8 Millionen Euro reduzierten Fehlbetrag. Genehmigungsfähig war das Papier nur deshalb, weil für den Ausgleich in der „Gewinnrücklage“ etwa sieben Millionen Euro zur Verfügung standen.

Das alles scheint nun jedoch Makulatur: In der Prognose zur Gesamtergebnisrechnung steht zum 31. Dezember ein Haushaltsdefizit von 13,57 Millionen Euro, heißt es in der Sitzungsvorlage. Dazugerechnet werden müssen laut Matiaske weitere 1,5 Millionen, weil angesichts der Finanznot eine für den schulischen ÖPNV gebildete Rücklage aufgelöst werden muss.

Odenwälder Kreisumlage müsste auf 70 Prozent steigen

Die Dramatik der Lage beschreibt der Landrat anhand des Beispiels Kreis- und Schulumlage. Deren Gesamthöhe von 57 Prozent war zum Haushaltsjahr 2024 nicht verändert worden, um den ohnehin stark belasteten Städten und Gemeinden nicht weitere Luft zum Atmen zu nehmen. Um das vorausgesagte Defizit zu decken, müssten Kreis- (derzeit 35,6 Prozent) und Schulumlage (21,4) aber auf zusammen 70 Prozent steigen.

Ein Schreckensszenario, denn das wäre von vielen Odenwälder Kommunen nicht zu stemmen. Deswegen müsste der Kreis laut Matiaske dann mit jeder einzelnen Stadt oder Gemeinde Gespräche darüber führen, was an Umlagesatz dort gerade noch verkraftbar wäre, ohne sie zu erdrosseln: „Am Ende hätten wir zwölf verschiedene Kreisumlagen.“

Finanzprobleme in allen Handlungsfeldern

Besonders schwierig mache die Lage, dass sich die finanziellen Probleme „über alle Handlungsfelder hinweg“ zögen. Die Vorlage listet dabei als zentrale Bereiche mit steigendem Fehlbedarf die Felder Grundsicherung für Arbeitssuchende (1,07 Millionen Euro), Soziale Sicherung (2,8 Millionen), Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (3,3 Millionen) sowie ÖPNV und Schülerbeförderung (1,4 Millionen) auf. Beim Nahverkehr schlägt demnach insbesondere die Berechnung der Einnahmenaufteilung des Deutschlandtickets durch den Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) zu Buche: Dort kommt es zu einer Nachforderung für 2023 und Erhöhung der Abschlagszahlungen für 2024 in Höhe von 2,62 Millionen Euro.

Und noch etwas hält die Kreisverwaltung fest: „Es handelt sich hierbei überwiegend um gesetzliche Aufgaben, die nur in geringem Umfang beeinflusst beziehungsweise kurzfristig gesteuert werden können.“ In diesem Zusammenhang steht auch die „Wiesbadener Erklärung“ des Hessischen Landkreistags, die Matiaske und alle Kollegen aus den 21 Kreisen unterzeichnet haben. Sie fordern angesichts der „alarmierenden Haushaltslage“ eine „aufgabenadäquate und somit vollumfänglich kostendeckende Finanzausstattung“, die Raum für die Kommunale Selbstverwaltung lasse.